

Ja zu einem sozialen Europa - Nein zu Lohndumping und Sozialabbau!

WASG
Die Wahlalternative

Die EU-Kommission hat Anfang 2004 den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie vorgestellt. Die Richtlinie bekannt als Bolkestein-Richtlinie, nach ihrem Autor, dem niederländischen EU-Kommissar und vormaligen Shell-Manager Frits Bolkestein.

Sollte „Bolkestein“ Gesetz werden, hätte das verheerende Auswirkungen für Arbeitnehmer und Verbraucher in ganz Europa.

Die Richtlinie sieht vor, dass diese Dienstleistungen dem „Herkunftslandprinzip“ unterliegen. Das bedeutet, dass Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, nur den gesetzlichen Regelungen und Lohnbedingungen ihres Herkunftslands unterliegen. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze könnten von den Konzernen massenhaft durch Billigjobs ersetzt werden.



Damit sich die Dienstleistungsunternehmen aus den nationalen Rechtssystemen immer das günstigste aussuchen können, soll auch die Niederlassungsfreiheit mit liberalisiert werden.

Sozialstandards in Gefahr Ein Unternehmen bräuchte nur seinen formalen Sitz in ein Land mit niedrigen Sozialstandards zu verlagern - schon gelten diese schlechten Standards für alle Arbeitnehmer dieser Firma in Europa.

Der Dienstleistungsbereich umfasst in der EU 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Es geht um alle Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden, z.B. Werbung, Zeitarbeit, Medien, Baudienstleistungen, Fremdenverkehr. Sogar gemeinnützige und öffentliche Dienstleistungen wie Altenpflege, Gesundheit und öffentlicher Nahverkehr bleiben nicht verschont.

Was jahrelang über Generationen durch Arbeitskämpfe, gewerkschaftliches Engagement sowie Verhandlungen erkämpft wurde, soll rückgängig gemacht werden.

Ein radikaler Wettlauf um die niedrigsten Vorschriften für Standards zwischen den Mitgliedsstaaten ist die Folge, die Länder werden gegeneinander ausgespielt. Das bisherige hohe Leistungs- und Qualitätsniveau bleibt auf der Strecke.

Zwar streiten die europäischen Regierungen über die Details von Bolkestein - die Liberalisierung der Dienstleistungen wollen sie aber alle. Auch die große Koalition unterstützt in ihrem Koalitionsvertrag die Richtlinie. Deshalb ist der Protest von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entscheidend, um Bolkestein zu stoppen.

Die Dienstleistungsrichtlinie muss weg!

Stattdessen fordern wir ein solidarisches, soziales und ökologisches Europa mit der Angleichung sozialer Standards nach oben statt der ständigen „Anpassung“ an niedrigste Standards.

Die WASG Berlin unterstützt Proteste der europäischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien und mobilisiert gemeinsam mit anderen

11. Februar in Strasbourg
Busfahrt von Berlin
am 10.2.2006 um 23 Uhr
vom Rosa-Luxemburg-Platz
Kosten: Euro 35,- (20,-)
info @linkspartei-berlin.de

11. Februar in Berlin
Demonstration
11.30 Uhr Invalidenplatz
(Mitte)
Kundgebung ab 13.30 Uhr
Schlossplatz (Mitte)

14. Februar in Strasbourg
Demonstration parallel zur
Beratung des EU-Parlaments

Weitere Informationen: www.w-asg.de

Siehe auch:
www.attac.de/bolkestein www.igbau.de www.euopa-von-unten.org
www.attac.de/eu-ag

WASG
Die Wahlalternative

Informations-Coupon

Bitte senden an: WASG, Landesverband Berlin,
Neue Grünstr. 17, 10179 Berlin
Internet: www.wasg-berlin.de

- Ich möchte weitere Informationen von der WASG erhalten.
- Ich möchte zu Veranstaltungen der WASG eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der WASG werden.

Name: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____ E-Mail: _____

Ja zu einem sozialen Europa - Nein

zu Lohndumping und Sozialabbau!



Die EU-Kommission hat Anfang 2004 den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie vorgestellt. Die Richtlinie bekannt als Bolkestein-Richtlinie, nach ihrem Autor, dem niederländischen EU-Kommissar und vormaligen Shell-Manager Frits Bolkestein.

Sollte „Bolkestein“ Gesetz werden, hätte das verheerende Auswirkungen für Arbeitnehmer und Verbraucher in ganz Europa.

Die Richtlinie sieht vor, dass diese Dienstleistungen dem „Herkunftslandprinzip“ unterliegen. Das bedeutet, dass Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, nur den gesetzlichen Regelungen und Lohnbedingungen ihres Herkunftslands unterliegen. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze könnten von den Konzernen massenhaft durch Billigjobs ersetzt werden.



Damit sich die Dienstleistungsunternehmen aus den nationalen Rechtssystemen immer das günstigste aussuchen können, soll auch die Niederlassungsfreiheit mit liberalisiert werden.

**Sozialstandards
in Gefahr**

Ein Unternehmen bräuchte nur seinen formalen Sitz in ein Land mit niedrigen Sozialstandards zu verlagern - schon gelten diese schlechten Standards für alle Arbeitnehmer dieser Firma in Europa.

Der Dienstleistungsbereich umfasst in der EU 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Es geht um alle Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden, z.B. Werbung, Zeitarbeit, Medien, Baudienstleistungen, Fremdenverkehr. Sogar gemeinnützige und öffentliche Dienstleistungen wie Altenpflege, Gesundheit und öffentlicher Nahverkehr bleiben nicht verschont.

Was jahrelang über Generationen durch Arbeitskämpfe, gewerkschaftliches Engagement sowie Verhandlungen erkämpft wurde, soll rückgängig gemacht werden.

Ja zu einem sozialen Europa - Nein

zu Lohndumping und Sozialabbau!



Die EU-Kommission hat Anfang 2004 den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie vorgestellt. Die Richtlinie bekannt als Bolkestein-Richtlinie, nach ihrem Autor, dem niederländischen EU-Kommissar und vormaligen Shell-Manager Frits Bolkestein.

Sollte „Bolkestein“ Gesetz werden, hätte das verheerende Auswirkungen für Arbeitnehmer und Verbraucher in ganz Europa.

Die Richtlinie sieht vor, dass diese Dienstleistungen dem „Herkunftslandprinzip“ unterliegen. Das bedeutet, dass Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, nur den gesetzlichen Regelungen und Lohnbedingungen ihres Herkunftslands unterliegen. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze könnten von den Konzernen massenhaft durch Billigjobs ersetzt werden.



Damit sich die Dienstleistungsunternehmen aus den nationalen Rechtssystemen immer das günstigste aussuchen können, soll auch die Niederlassungsfreiheit mit liberalisiert werden.

**Sozialstandards
in Gefahr**

Ein Unternehmen bräuchte nur seinen formalen Sitz in ein Land mit niedrigen Sozialstandards zu verlagern - schon gelten diese schlechten Standards für alle Arbeitnehmer dieser Firma in Europa.

Der Dienstleistungsbereich umfasst in der EU 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Es geht um alle Dienstleistungen, die gegen Entgelt erbracht werden, z.B. Werbung, Zeitarbeit, Medien, Baudienstleistungen, Fremdenverkehr. Sogar gemeinnützige und öffentliche Dienstleistungen wie Altenpflege, Gesundheit und öffentlicher Nahverkehr bleiben nicht verschont.

Was jahrelang über Generationen durch Arbeitskämpfe, gewerkschaftliches Engagement sowie Verhandlungen erkämpft wurde, soll rückgängig gemacht werden.

Ein radikaler Wettlauf um die niedrigsten Vorschriften für Standards zwischen den Mitgliedsstaaten ist die Folge, die Länder werden gegeneinander ausgespielt. Das bisherige hohe Leistungs- und Qualitätsniveau bleibt auf der Strecke.

Zwar streiten die europäischen Regierungen über die Details von Bolkestein - die Liberalisierung der Dienstleistungen wollen sie aber alle. Auch die große Koalition unterstützt in ihrem Koalitionsvertrag die Richtlinie. Deshalb ist der Protest von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entscheidend, um Bolkestein zu stoppen.

Die Dienstleistungsrichtlinie muss weg!

Stattdessen fordern wir ein solidarisches, soziales und ökologisches Europa mit der Angleichung sozialer Standards nach oben statt der ständigen „Anpassung“ an niedrigste Standards.

Die WASG Berlin unterstützt Proteste der europäischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien und mobilisiert gemeinsam mit anderen

11. Februar in Strasbourg

Busfahrt von Berlin
am 10.2.2006 um 23 Uhr
vom Rosa-Luxemburg-Platz
Kosten: Euro 35,- (20,-)
info@linkspartei-berlin.de

11. Februar in Berlin

Demonstration
11.30 Uhr Invalidenplatz
(Mitte)
Kundgebung ab 13.30 Uhr
Schlossplatz (Mitte)

14. Februar in Strasbourg

Demonstration parallel zur
Beratung des EU-Parlaments

Weitere Informationen: www.w-asg.de

Siehe auch:

www.attac.de/bolkestein www.igbau.de www.euopa-von-unten.org
www.attac.de/eu-ag



Informations-Coupon

Bitte senden an: WASG, Landesverband Berlin,
Neue Grünstr. 17, 10179 Berlin
Internet: www.wasg-berlin.de

- Ich möchte weitere Informationen von der WASG erhalten.
 Ich möchte zu Veranstaltungen der WASG eingeladen werden.
 Ich möchte Mitglied der WASG werden.

Name: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____ E-Mail: _____

Herausgeber: WASG Berlin, Vi.S.d.P. Stefan Müller, Neue Grünstr. 17, 10179 Berlin

Ein radikaler Wettlauf um die niedrigsten Vorschriften für Standards zwischen den Mitgliedsstaaten ist die Folge, die Länder werden gegeneinander ausgespielt. Das bisherige hohe Leistungs- und Qualitätsniveau bleibt auf der Strecke.

Zwar streiten die europäischen Regierungen über die Details von Bolkestein - die Liberalisierung der Dienstleistungen wollen sie aber alle. Auch die große Koalition unterstützt in ihrem Koalitionsvertrag die Richtlinie. Deshalb ist der Protest von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entscheidend, um Bolkestein zu stoppen.

Die Dienstleistungsrichtlinie muss weg!

Stattdessen fordern wir ein solidarisches, soziales und ökologisches Europa mit der Angleichung sozialer Standards nach oben statt der ständigen „Anpassung“ an niedrigste Standards.

Die WASG Berlin unterstützt Proteste der europäischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien und mobilisiert gemeinsam mit anderen

11. Februar in Strasbourg

Busfahrt von Berlin
am 10.2.2006 um 23 Uhr
vom Rosa-Luxemburg-Platz
Kosten: Euro 35,- (20,-)
info@linkspartei-berlin.de

11. Februar in Berlin

Demonstration
11.30 Uhr Invalidenplatz
(Mitte)
Kundgebung ab 13.30 Uhr
Schlossplatz (Mitte)

14. Februar in Strasbourg

Demonstration parallel zur
Beratung des EU-Parlaments

Weitere Informationen: www.w-asg.de

Siehe auch:

www.attac.de/bolkestein www.igbau.de www.euopa-von-unten.org
www.attac.de/eu-ag



Informations-Coupon

Bitte senden an: WASG, Landesverband Berlin,
Neue Grünstr. 17, 10179 Berlin
Internet: www.wasg-berlin.de

- Ich möchte weitere Informationen von der WASG erhalten.
 Ich möchte zu Veranstaltungen der WASG eingeladen werden.
 Ich möchte Mitglied der WASG werden.

Name: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____ E-Mail: _____

Herausgeber: WASG Berlin, Vi.S.d.P. Stefan Müller, Neue Grünstr. 17, 10179 Berlin